



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT  
BEI DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

HU/sy.

P.B. Nr. 41.

*P.*  
KÖLN-Bayenthal, den 27. Oktober 1956.  
Bayenthalgürtel 15  
Telephon: 33031

Herr Bundesrat,

Vorgänge in Polen, Ungarn  
und in der Sowjetzone.

Ich hatte Gelegenheit, mich mit zwei Staatssekretären, dem Ostexperten des Auswärtigen Amtes und kurz mit Adenauer über diese Ereignisse zu unterhalten. Es ergibt sich folgendes Bild:

Man verfolgt die Vorgänge in Polen und Ungarn mit höchstem Interesse, zunächst wegen ihrer möglichen Rückwirkungen auf die Sowjetzone, sodann eröffnen sie zwar sehr entfernte, aber immerhin Möglichkeiten eines Rückzugs der Sowjets aus Teilgebieten des Ostblocks, was wiederum gewisse Perspektiven ergeben würde in der Frage der Wiedervereinigung.

Was zunächst die Lage in der Sowjetzone anbelangt, so hat sich dort im Gegensatz zu Polen und Ungarn nichts von Bedeutung ereignet. Vor 8 Tagen berichtete die hiesige Presse über Streiks und Unruhen in Magdeburg. Diese Meldungen sind falsch. Fünf Korrespondenten westdeutscher Zeitungen wurden zugelassen und konnten die betreffenden Werke von Magdeburg, wo angeblich revolutionäre Vorgänge sich abgespielt hätten, in ziemlicher Freiheit besichtigen. Sie konnten nichts dergleichen feststellen; die Vorgänge reduzierten sich auf Forderungen der Belegschaft zur Beseitigung gewisser Misstände und administrativer Missgriffe in den Betrieben.

Herrn Bundesrat Max P e t i t p i e r r e ,  
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements,  
B e r n .

....



Wohl herrscht in der Sowjetzone nach wie vor massive Unzufriedenheit, doch hat es der erste Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) Ulbricht verstanden, die Entstalinisierung in der Sowjetzone im engsten Rahmen zu halten. Erst wenn er ins Wanken kommt, sind grössere Auswirkungen in der Zone zu erwarten. Da es dort keine politischen Uebergangsfiguren à la Gomulka gibt, hat dies zur Folge, dass die Sowjets auf Ulbricht umso angewiesener sind.

Die Entwicklung in Polen und Ungarn stellt für Bonn die aktuelle Frage nach dem künftigen aussenpolitischen Verhalten. Die Ostexperten des Auswärtigen Amtes geben für die Haltung der Bundesrepublik die Parole der Reserve und Zurückhaltung aus. Eingreifen in das Geschehen im Ostblock wird als verhängnisvoller Fehler betrachtet. Die Folge wären sowjetische Gewaltmassnahmen, die alles eben Erreichte gefährden würden. Ausserdem wären Aufmunterungen, die dem polnischen und ungarischen Freiheitskampf von deutscher Seite zugehen - besonders in Polen - eher eine Diskreditierung der neuen Kräfte als eine Stärkung. Noch bemühter ist man, in der Sowjetzone keine verfrühte revolutionäre Welle zu entfachen.

Während der Warschauer Krisentage, unter dem unmittelbaren Eindruck der ersten Nachrichten, hatte Adenauer in Dortmund eine baldige Verständigung zwischen dem deutschen Volk und einem freien Polen als möglich und wahrscheinlich bezeichnet. Die gegenwärtig mit Polen noch bestehenden Differenzen würden durch verständnisvolle Verhandlungen zu lösen sein. In dieser Hinsicht ist man hier nüchterner und vor allem vorsichtiger geworden. Man macht sich nicht mehr Illusionen, dass es mit der neuen Spielart der Kommunisten, den "Nationalkommunisten" Polens, leichter wäre, über die Revision der Ostgrenzen zu verhandeln.

Immerhin sieht man ein neues Element der Lage: aus den Ereignissen im Ostblock dürfte sich eine - nicht nur vorübergehende - Schwächung

- 3 -

Russlands ergeben. Sie demaskierten die wirkliche Situation oder vielmehr bestätigten, was man schon wusste: dass auf die Satelliten-Armeen kein Verlass ist. Die Sowjetunion ist nun gezwungen - sagte Adenauer - sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass die Satellitenstaaten nicht zuverlässig sind. Die Sowjetunion werde möglicherweise nicht anders können, als ihre Politik im europäischen Ostraum revidieren.

Die Frage des Einsatzes sowjetischer Truppen in Ungarn gegen die Aufständischen beschäftigt tief die hiesige Meinung. Man interpretiert die Nachrichten dahin, dass in Budapest russische Panzer auf die Menge geschossen haben, dass aber in der Provinz die Aufständischen und sowjetische Einheiten sich noch Gewehr bei Fuss gegenüberstehen. Kommt es zur gewaltsamen Entscheidung, verletzen die Sowjets mit einer Intervention ihrer Armee das Prinzip der Nichteinmischung. Da sie bei allen internationalen Begegnungen der letzten Zeit (Indien, Suez) immer wieder das Prinzip der Nichteinmischung vertraten, geraten sie in fatale Widersprüche, geradezu in eine Zwickmühle, besonders bei den farbigen Völkern. Selbst wenn russisches Eingreifen die ungarische Revolution niederschlagen sollte, bliebe die Tatsache, dass das kommunistische Regime seine Existenz nur den russischen Panzern verdankt!

Allgemein rechnen meine Gesprächspartner mit der Möglichkeit noch weiterer Ueberraschungen. Nicht nur in den Satellitenstaaten, auch in der URSS selbst! Selbstverständlich kann man die kommenden Ereignisse nicht konkret umschreiben. Der Aufstand in Ungarn beweist, dass im Ostblock alles in Fluss geraten ist. Man fragt sich aber auch, ob im Kreml alles beim alten bleiben könnte, nachdem die von Chrustschow vertretene Entstalinisierung bei den Satelliten so viele sowjetische Machtpositionen - auf politischem wie militärischem Gebiet - ins Wanken brachte.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE

